

vierteljährlich 4 Mark 80 Pf., einschließlich aller Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. In Fällen des Gewaltbefehls kein Anspruch auf Lieferung.

Gegründet 1877.



Ein 10spaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf. Die halbe Zeile oder deren Raum 15 Pf. Die 5spaltige Zeile oder deren Raum 10 Pf. Die 3spaltige Zeile oder deren Raum 7 Pf. Bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Bei gerichtl. Einsetzung u. Konkursen kein Rabatt. Unbefristet.

Verusprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Kr. 35 | Druck und Verlag in Altensteig. | Donnerstag, den 12. Februar | Amtsblatt für den D.-A.-Bezirk Nagold. | 1920.

In höchster Not. (Schluß)

Es wird also noch vor der Ernte Mangel eintreten, daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Einfuhr von Lebensmitteln und die unsere ganze Zustände in überster Art beherrschende Abhängigkeit vom Ausland mit den sich stetig verschlechternden deutschen Valutaverhältnissen. Jede größere Einfuhr bedeutet und bringt eine Verschlechterung unseres Geldwerts. Wir müssen auf Kredit kaufen oder mit Papiergeld. Beides verschlechtert unser Finanzverhältnis zum Ausland. Opfern wir einen Teil unseres Goldbestands, so drückt auch das auf unser Geldwert, die Zahlkraft unseres Geldes sinkt immer mehr und wir müssen zu immer höheren Preisen bezahlen. Die Waren steigen im inneren Verkehr demgemäß immer höher, ebenso die Löhne, Gehälter, Gebühren usw. und die Steuern. Zwar besteht die Hoffnung, die uns fehlenden Lebensmittel aus Ländern einführen zu können, die wie die Ostländer z. B. eine noch schlechtere Valuta haben. Die Hoffnung ist begründet; aber die Schwierigkeiten sind sehr groß und der Zeitpunkt der Verwirklichung sehr ungewiß. Noch viel unsicherer ist die Hoffnung auf ein rechtzeitiges Zustandekommen einer internationalen Valutaregelung. Jedenfalls ist es im höchsten Maße gefährlich, sich auf diese Möglichkeiten angesichts der unmittelbaren Gefahr zu verlassen.

Aber noch gibt es ein Mittel, ein sicheres Mittel, das sofort wirken und sofort helfen wird. Da wir einführen müssen, aber kein Geld dazu haben, müssen wir Waren für die Ausfuhr erzeugen und damit bezahlen. Das ist nichts neues und geschieht auch jetzt schon. Aber neu ist und zugleich ausschlaggebend, daß dieses Mittel in vollem Zusammenwirken des ganzen Volks und unter Ausnutzung der höchsten Energie angewandt werden muß. Zunächst muß die Kohlenförderung um jeden Preis auf das Höchstmögliche gesteigert werden. Die Höhe des Lohns darf kein Hindernis bilden. Gewinnern wir mehr Kohlen, so bringen wir unsere Gewerbe und unsere Industrie in immer volleren Gang und zwar zunächst diejenigen Betriebe und Zweige, die mit den im Inland vorhandenen Rohstoffen als Hilfsmittel arbeiten und Ausfuhrwerte schaffen können. Denken wir nur an die Kali-Industrie. Wie verlautet, lauen bisher die Hälfte der Kalivorkommen Kohlenmangel. Können sie in vollen Gang, so könnten sie allein neben der Verjorgung der heimischen Landwirtschaft so viel Ausfuhrwerte erzeugen, daß wir damit schon den größeren Teil der erforderlichen Lebensmittel einfuhr bezahlen können. Daneben unsere Wälder. Schlugen wir nur fünf Prozent in Lagen nieder, wo das Land in landwirtschaftliches Kulturland umgewandelt werden kann, so bekommen wir riesige Ausfuhrwerte, daneben Material und Leben für die Holzindustrie, viel Heizstoffe, Land für die Landwirtschaft, und eine Ausnutzung der Waldungen in einer Konjunktur, die wohl nie wiederkehren wird; und der Waldbestand kann es ertragen. Auch kommen Ausfuhrwerte an den Markt, und je mehr diese sich steigern, umso mehr gewinnen wir wertvolle Zahlungsmittel und bald auch zur Beschaffung von Rohstoffen für die Industrieführung der übrigen Industrien. Auch kommen wir wieder in die Lage, die fehlenden Futtermittel und Dünger für die Landwirtschaft einzuführen. Lohnzeitigkeiten dürfen dabei keine Rolle spielen. Der Arbeiter muß reichlich bekommen, was er braucht. Wenn auch noch eine Zeit lang die Preise und Löhne sehr steigen. Wir zahlen im Innern nur mit innerem Geld (Papier); aber von Tag zu Tag wächst unsere Ausfuhr und damit unsere Zahlkraft gegenüber dem Ausland und unsere Valuta. Und sieht einmal oder wächst gar unsere Valuta aus eigener Kraft, dann ist schon alles gewonnen. Dann steigt der Wert unseres Geldes wieder, und die Preise sinken.

Aber von selbst kommt das nicht in Gang. Ein großer Rud, ein fester Entschluß ist nötig, der einen Wendepunkt unserer Volkswirtschaftsrichtung bedeutet. Der Rud muß von der Reichsregierung ausgehen. Die Erkenntnis, daß es nur noch eine Rettung gibt, muß und wird den Willen erzeugen, um Arbeiterschaft, Beamte, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft wieder zur Verständigung und zu gemeinsamer wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu bringen. Die Staatsleitung muß ihre ganze Kraft und Macht auf die Erreichung des einen großen Ziels vereinen. Allein die Verklärung eines solchen Entschlusses wird uns wieder mehr Vertrauen im Ausland bringen und der Valuta einen zur Entlastung wieder einen kräftigen Rud

nach aufwärts geben. Aber auch im Innern wird sie einen Umschwung erzeugen. Anstelle der Gleichgültigkeit, des trügen Widerstands und der Verzweiflung wird die Hoffnung auf ein großes und sicheres Ziel und Arbeitslust und Tatkraft wiederkehren. Ein Volk, wie das deutsche, geht nicht an Schwäche zugrunde; es findet in höchster Not doch noch rechtzeitig den Gebrauch seiner Kraft und Tüchtigkeit.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 10. Febr. In der heutigen Sitzung wird zunächst der Fall Berger erörtert. Im Mai 1917 hatte Erzberger in einem Streit zwischen dem Reichsfiskus und der Tiefbaufirma Berger einen Schiedspruch gefällt, der nach Ansicht Helfferichs zu Gunsten der Firma ausgefallen ist. Im Juli desselben Jahres ist Erzberger in den Aufsichtsrat dieser Firma gewählt worden. — Im Zusammenhang hiermit kommt es zur Erörterung des Falls der Firma Richter. Am 27. November 1917 hatte ein Herr von der Koll, der zu den leitenden Herren der Maschinenfabrik Richter gehört, einen Brief an Erzberger geschrieben, in dem er ihn um seinen Beistand in einer Angelegenheit ersuchte. Es handelt sich um Del- und Zettlieferungen, für die das Reichsamt des Innern die entscheidende Instanz war. Koll ersuchte den Abgeordneten Erzberger, die für die Entscheidung maßgebenden Persönlichkeiten für die Angelegenheit zu gewinnen. Er sei bereit, dafür 3 Proz. des Umsatzes auszuwerfen.

Dr. Helfferich kündigt an, er werde beweisen, daß Erzbergers Eintritt in den Berger Aufsichtsrat bereits im Frühjahr 1916 für den Fall einer freien Stelle verabredet worden sei. Trotzdem habe Erzberger noch in drei Fällen als Schiedsrichter zwischen dem Reichsfiskus und dieser Gesellschaft gewirkt.

Als Zeuge bekundet Erzberger, daß er mit Berger 1908 in Verbindung getreten sei, nachdem er bei Streitigkeiten anderer Firmen schon als Schiedsrichter gewirkt habe. Eine vorherige Verabredung über seinen Eintritt in den Aufsichtsrat mit Berger habe nicht stattgefunden. Berger sei unerwartet mit einer bezüglichen Aufforderung an ihn herantreten.

Rechtsanwalt Alsbach entgegnet, Erzberger habe im Vorverfahren erklärt, daß Berger wegen Übernahme eines Aufsichtsratspostens an ihn herantreten sei. Er habe Herrn Thyssen sen. gefragt, ob von seiner Seite Bedenken dagegen beständen, und als dieser verneinte, habe er Berger mitgeteilt, daß er bereit sei, in Zukunft diesen Posten zu übernehmen.

Erzberger erklärt, daß er dies nicht mehr genau wisse. Es sei nichts Absonderliches, wenn ein Abgeordneter in einem Aufsichtsrat sitze. Helfferich hat in seiner Eigenschaft als Kolonialbeamter lebhaft daran gearbeitet, daß der Reichsstaat die Eisenbahn von Daraesalam bewilligte. Später trat der Angeklagte als Direktor in die Deutsche Bank ein, die an dieser Bahn stark interessiert war.

Der Vorsitzende unterbricht den Reichsfinanzminister mit der Bemerkung, daß dieser Gegenangriff nicht hierher gehöre. Helfferich: Seine Beziehungen zur Deutschen Bank seien in der Öffentlichkeit allgemein bekannt gewesen; das sei doch etwas anderes, als wenn der Nebenkläger als Schiedsrichter in einem Streit des Fiskus mit einer Firma tätig sei, für deren Aufsichtsratsposten er in Aussicht genommen war, was der Öffentlichkeit und auch der Gegenpartei nicht bekannt sei. Seinen Posten als Direktor der Anatolischen Bank habe er auf den ausdrücklichen Wunsch des damaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow angetreten.

Kommerzienrat Berger gibt als Zeuge an, Erzberger sei von dem Rechtsbeistand der Firma als Schiedsrichter vorgeschlagen worden. Der Schiedspruch sei zugunsten der Firma gewesen. Für die Gesellschaft kam Erzberger nicht als einflussreicher Reichstagsabgeordneter in Frage, sondern wegen seiner Beziehungen zur Schwerindustrie und wegen seiner Auslandsbeziehungen.

Dr. Alsbach: Welche Vergütung ist für die schiedsrichterliche Tätigkeit bezahlt worden?

Berger: Nach dem Auszug aus den Büchern insgesamt 12 200 Mk.; es sind die Gesamtkosten, die von dem Schiedsgericht von uns gefordert wurden.

Das neue (kleine) Schulgesetz.

Ueber den Inhalt des Schulgesetzentwurfs, der am Mittwoch dem Landtag zugeht, wird mitgeteilt:

Art. 1 und 18 regeln gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung die Erteilung und die Leitung des Religionsunterrichts, der bekanntlich ordentlich Lehrfach der Schulen mit Ausnahme der konfessionslosen (weltlichen) bleibt, sowie die Befreiung von Schülern und Lehrern von diesem Fach. Ein Schüler ist zu befreien, wenn eine entsprechende Erklärung des Erziehungsberechtigten abgegeben wird. Ebenso kann ein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht mehr gezwungen werden. Der Unterricht wird also von den durch die Oberkirchenbehörden hierfür bezeichneten Dienern der Kirche und den zu seiner Erteilung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft (Art. 149 der Reichsverf.) befähigten und bereiten Lehrern gegeben. Das Aufsichtsrecht steht grundsätzlich dem Staate zu. Die Aufsicht über den Religionsunterricht des Lehrers soll daher künftig nur noch von dem Bezirkschulinspektor oder in besonderen Fällen von einem durch die Oberkirchenbehörde damit beauftragten anderen Sachverständigen ausgeübt werden. Dagegen ist beabsichtigt, die Leitung und Prüfung des Religionsunterrichts der Diener der Kirche unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts den Religionsgemeinschaften zu übertragen. Da ferner nur diese bestimmen können, was ihren Grundsätzen gemäß ist, so kommt ihnen im Einvernehmen mit der staatlichen Schulverwaltung und unter ihrer Aufsicht auch die Auswahl und Anordnung des Unterrichtsstoffs, sowie die Bestimmung der Religionshandbücher und Katechismen zu. Die Anordnungen selbst zu treffen und zu verhängen ist dagegen Sache der staatl. Behörde.

Art. 2 bestimmt, daß die Schulpflicht bei jedem Kind im 7. Lebensjahre beginnt und für die Regel im 15. endigt. Dabei soll vermindert werden, daß die Kinder vor dem vollendeten 6. Lebensjahre in die Schule eintreten. Lehrkräfte für die Durchführung der Schulpflicht sollen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Doch kann die Durchführung, schon wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung der nötigen Unterrichtsräume schrittweise erfolgen und soll 1928 abgeschlossen sein.

Art. 3 setzt gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung für Volks- und Fortbildungsschulen die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs und die Vermittlungsfreiheit fest. Ersteres bedeutet eine Erhöhung der Gemeindefinanzkraft um etwa 240 000 Mark. Die finanzielle Wirkung der Vermittlungsfreiheit wird sehr beträchtlich sein. Auch die Durchführung der Vermittlungsfreiheit wird daher unter Umständen schrittweise erfolgen müssen.

Art. 4, 14, 15 heben die gesetzliche Bindung in der Höhe der Belohnungen der Volksschullehrer für den Unterricht an der allgemeinen Fortbildungsschule und an der Sonntagsschule und für den sog. Abteilungsunterricht (d. h. die außerhalb der wöchentlichen Pflichtstunden erteilten Ueberstunden) sowie der Belohnungen der Fachlehrerinnen (Handarbeitslehrerinnen) auf und übertragen dem Kultusministerium die Befugnis, den Mindestbetrag dieser Belohnungen jeweils festzusetzen.

Art. 5 befreit in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung den sog. Schulpatronat d. h. das Recht der Ernennung von Lehrern (auch solcher an höheren Schulen) auf ständige Lehrstellen durch Standesherren oder Ritterutensbesitzer. Dieses Recht bestand bis heute in Württemberg bei 148 evangelischen und 258 katholischen Volksschullehrstellen.

Das Lehrrecht soll dem allgemeinen Beamtenrecht angeschlossen werden. Demgemäß bestimmt Art. 6, daß die Ernennung der Lehrer auf ständige Lehrstellen und ihre Entlassung ebenso erfolgt wie die der übrigen Staatsbeamten.

Die Art. 7 bis 11 handeln von der Zusammenfassung des Ortschulrats. Die Befugnisse des Ortschulrats beschränken sich wie bisher auf die Regelung der äußeren Schulverhältnisse. Der doppelte Vorsitz soll wegfallen und dem Lehrer, als der Persönlichkeit, die in Schulsachen in erster Linie sachverständig ist, übertragen werden. In Gemeinden mit ein- oder zweiklassigen Schulen soll also Vorsitzender des Ortschulrats der einzige oder der erste Lehrer, in Gemeinden mit dreier- oder mehrklassigen Schulen der Schulpatronat oder der, wo dem Ortschulrat mehrere Schulpatronate angehören, der Dienstälteste derselben sein. Außer dem nun in er-



Die Linie zu nennenden Lehrer oder (bei 3- und mehr-
klassigen Schulen) den Lehrermittgliedern sollen wie bis-
her dem Ortsämteramt kraft Amtes an gehören: Der Orts-
vorsteher, der Ortsgeistliche des in Betracht kommenden
Religionsbekenntnisses und der Schulrat — der Geist-
liche jedoch nur insoweit, bis die Frage der Schul-
wesen (Gemeinschafts-, Bekenntnis- oder weltliche Schu-
le) entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung
gesetzlich geregelt ist. Außerdem gehören dem Ortsschul-
rat wie bisher durch Wahl eine Anzahl von Vertretern
der Schulgemeinde (Männer oder Frauen) an, die der-
jenigen der übrigen Mitglieder mit Ausschluß des Orts-
vorstehers gleichkommt.

Die Art. 12 und 18 übertragen die Oberaufsicht
über die Volksschulen einer gemeinsamen Ministerial-
abteilung für die Volksschulen, die Aufsicht
über das gesamte gewerbliche Fortbildungswesen der
Ministerialabteilung für die Fachschulen.
Dazu läßt wie bisher die Ministerialabteilung
für die höheren Schulen. Die bisherige Trennung
der Oberschulbehörden nach Konfessionen (evangelischer
und katholischer Oberschulrat) wird aufgehoben. Zur Be-
ratung von Angelegenheiten, welche die Schule eines Be-
kenntnisses betreffen, insbesondere von Klassen
des evangelischen und des katholischen Religionsunter-
richts, sollen jedoch die dem betreffenden Bekenntnis an-
gehörigen Mitglieder in besonderen Unterabteilungen zu-
ammentreten.

Durch Art. 16 wird die Verpflichtung der Lehrer zur
Nehmernahme des Kirchenmusikdienstes auf-
gehoben und an die Stelle des Zwangs die freie Entschlie-
sung der kirchlichen Gemeinde und des Lehrers gesetzt.
Bis jetzt haben solchen Dienst rund 1350 evangelische und
700 katholische Lehrer.

Durch Art. 19 und 20 werden die mit der örtlichen
Aufsicht über die höheren Knabenschulen ohne Oberklas-
sen, die sogenannten Landlatein- und Realschulen, be-
trauten Ortsschulbehörden, die sog. Studienkommis-
sionen aufgehoben. Die örtliche Aufsicht soll bis zur
Erlaßung eines allgemeinen Unterrichtsgesetzes durch Ver-
ordnung geregelt, d. h. die Schulen sollen unter der Ver-
antwortung des einzigen oder ersten Lehrers oder des
Schulvorstands geführt und durch die Oberschulbehörde
unmittelbar oder durch Vermittlung eines Fachaufsehers
(technischen Inspektors) beaufsichtigt werden. Bestimmte
Befugnisse ökonomischer Natur würden ganz an die Ge-
meinde übergehen.

Die Bestimmungen des Art. 21 sollen ermöglichen,
daß ausnahmsweise auch während der Uebergangszeit, Leh-
rer im Amte belassen und zu Mitgliedern des Ortsschul-
rats auch Personen gewählt werden können, die nicht der
betreffenden Religionsgemeinschaft angehören.

Art. 22 enthält die nötigen Uebergangs- und Schluß-
bestimmungen.

Neues vom Tage.

Das Telegramm des Kronprinzen.

Haag, 11. Febr. Das Red. Korr.-Bur. meldet, das
Telegramm des früheren Kronprinzen an die feind-
lichen Staatshäupter sei ohne Vorwissen des Kaisers
abgeschickt worden.

Unzufriedenheit mit dem Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 11. Febr. Nach den „Pol. parl. Nachr.“
hat der Reichswirtschaftsrat nicht zu beschließen, wenn er
nach den Beschlüssen des Reichsrats zusammengeführt wer-
de. Von Seiten der Zentralarbeitsgemeinschaft der Ar-
beitnehmer ist ein ähnlicher Beschluß gefaßt worden.

Das Geheimnis von Katenhoop.

Roman von D. Hill

(65. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Den andern — den konnte sie nicht hassen, und mochte
er tausendmal ein Verdreher sein! Aber es sollte ihn auch
keine andere haben — und wenn er sie nicht mehr liebte,
wenn sie ihn aufgeben mußte, dann —

Sie mochte es doch nicht zu Ende zu denken, dieses dann.
Aber sie mußte, daß sie zu allem fähig war — wußte, daß
sie ihn erwidern würde, hätte sie ihn in diesem Augenblick hier!
In verzweifelter Angerinn warf sie sich auf einen Sessel und
dies in das leidenschaftliche Volkst, und ihren herrlichen
Körper schüttelte die Qual wie ein brennendes Fieber.

Eine Viertelstunde lang lag sie so, ohne sich mit Zu-
kunftspänen zu befassen, ohne über irgend etwas nachzu-
denken — ausgefüllt von der einen einzigen Vorstellung, daß
sie mit dem heutigen Tage alles verloren hatte, was ihrem
Leben Wert und Inhalt hätte geben können! Einen hatte sie
geliebt, einen liebte sie noch mit der ganzen Kraft ihres leidens-
chaftlichen Herzens — noch diesem einen schrie ihr heißes
Blut — und er stieß sie zurück — er gab dieser kleinen
Blonden den Vorzug! Mehr denn anderthalb Jahre lebte sie
nun mit ihm zusammen, und er hatte sich stets benommen
wie ein echter Edelmann, Das Versprechen, das er ihr
einst gegeben — ihre Mädchenrechte heilig zu halten, sie nicht
anzuzuhören, ehe sie nicht sein eheliches Weib war — er hatte
es getreulich gehalten, wie heiße Dämpfe es ihn auch gelöst
haben mochte. — In dieser Stunde — in dieser Stunde aber
freute es sie nicht, daß er's getan — denn wenn er seinem
Schwur treu geworden wäre, hätte sie damit eine furch-
tbare Waffe gegen ihn gehabt.

Denn sie glaubte ja noch immer daran, daß der Baron
de Guérin ein Edelmann war, glaubte daran, ihren eigenen
Augen zum Trost.

So, wie die Dinge lagen, hatte sie ihn in den Augen
der Welt eigentlich nichts zum Vorwurf zu machen. Doch er
eine andere Liebesgöttin — war es denn seine Schuld? Und
hätte er nicht noch tausendmal schlimmer gehandelt, wenn er

Untersuchung gegen Beschuldigte.

Berlin, 11. Febr. Der Reichsjustizminister hat den
Oberreichsanwalt angewiesen, in jedem möglichen Fall
gegen jeden wegen eines Kriegsverbrechens Beschuldigten
auf Grund der Listen oder auf Grund anderer Mitteilun-
gen die Untersuchung einzuleiten. Außerdem sollen
solche Untersuchungen z. B. in Fragen vorgeworfener Ge-
fangenenmißhandlungen eventuell wieder aufgenommen
werden. Der Reichsjustizminister läßt außerdem jetzt das
Material sammeln von solchen Fällen, in denen wäh-
rend des Krieges und des Revolutionsjahres Verurteilun-
gen erfolgt sind wegen Vergehens, die denen ähnlich
sind, wie sie in der Liste vorgebracht werden. Auch die-
ses Material soll veröffentlicht werden.

Die Abstimmung in Nordschleswig.

Riel, 11. Febr. Bis 3 1/2 Uhr morgens waren in der
ersten Abstimmungszone in Nordschleswig für Deutsch-
land 20924, für Dänemark 55279 Stimmen gezählt.
Eine Anzahl von Landgemeinden steht noch aus.

Die Arbeitsdisziplin der Volksgewissen.

Berlin, 11. Febr. Unter der Ueberschrift „Die Lenin
für die Arbeitsdisziplin sorgt“ kommt der „Vorwärts“
darauf zu sprechen, daß, nachdem in Sowjet-Rußland der
achtstündige Arbeitstag abgeschafft und die Arbeiterkräfte
aufgehoben worden sind, Lenin und Trotzki noch einen
Schritt weiter gehen, um die Sicherung der Arbeits-
disziplin unter allen Umständen durchzuführen. Es wäre
interessant, meint der „Vorwärts“, zu erfahren, was die
deutschen Freunde der russischen Volksgewissen, die Unab-
hängigen, zu den betreffenden Maßnahmen Lenins sagen
würden, wenn die deutsche Regierung sie einführt.

Der britische Außenhandel.

Rotterdam, 11. Febr. Nach dem „N. Rottd. Courant“
hat der britische Außenhandel im Januar 1920 alle
bisherigen Monatsziffern übertroffen. Die Einfuhr be-
trug fast 188 1/2 Mill. Pfund Sterling (3670 Mil-
lionen Goldmark), die Ausfuhr rund 131 1/2 Mill. Pfund
(2627 Mill. Goldmark).

Die Eröffnung des britischen Parlaments.

London, 11. Febr. Das Parlament wurde gestern
durch eine Thronrede, die der König verlas, eröffnet.
Die Thronrede erwähnt die Wiederaufnahme der diploma-
tischen Beziehungen mit Deutschland und die Friedens-
schlüsse mit Oesterreich und Bulgarien. Ferner wer-
den einige Wesentliches angekündigt über den Verlauf
geistiger Getränke, über Erwerbung der Kohlenbergwerks-
rechte durch den Staat, die Reorganisation des stehenden
und des territorialen Heeres und ein Vorschlag über
die Umbildung des Unterhauses.

In der Ansprache über die Thronrede erklärte Lloyd
George im Unterhaus, der Staatshaushalt 1919/20
werde günstig ausfallen. Bei der Behandlung der aus-
wärtigen Angelegenheiten beschränkte sich der Minister-
präsident auf die Anführung Russlands. Er verteidigte
die Politik der Regierung. Europa werde nicht wieder her-
gestellt werden können, bevor die russischen Hilfsquellen
wieder zur Verfügung stehen. Es sei deutlich, daß der
Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernicht-
et werden könne. Er befürchte keinen militärischen An-
griff des Bolschewismus, weder im Westen noch im mit-
telren Osten. Aber bevor die Regierung, die Rußland
verwalte, nicht die barbarischen Methoden aufgegeben ha-
be und auf zivilisierte Weise regiere, werde kein zivilis-
iertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein, unmittel-
bar Frieden zu schließen. Zur Lage in Irland, wo
die feigsten und verächtlichsten Morde begangen würden,
sagte Lloyd George: Kann unter diesen Umständen die
englische Truppe aus Irland zurückgerufen werden? So-
lange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Si-
cherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre
Pflicht tun.

wechheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre
Pflicht tun.

„Times“ schreibt über die Rede Lloyd Georges, die
Nation habe aufgehört, ihm und seinen Anhängern Ver-
trauen entgegenzubringen. Man wolle Asquith wieder
im Parlament sehen, und man hoffe, daß die Wähler von
Parliament diese allerseits gehegte Hoffnung nicht enttä-
schen werden. (Der Sturz Asquiths und seine Ersetzung
durch Lloyd George im November 1916 war hauptsächlich
das Werk der „Times“.)

Oesterreichisch-ungarischer Ausgleich.

Wien, 11. Febr. Die Prager Blätter erfahren, haben
die Beratungen mit Oesterreich zu dem Ergebnis geführt,
daß Oesterreich monatlich bis 3 1/2 Millionen tschecho-
slowakische Kronen Demobilisierungsgüter und 103 Mil-
lionen an Rohstoffen und Eisenprodukten an die Tschecho-
Slowakei zu liefern hat.

Neue Beratung des Friedensvertrags in Washington.

Washington, 11. Febr. (Reuter.) Der Senat nahm
mit 623 Stimmen einen von den demokratischen und
den republikanischen Führern unterstützten Antrag an,
wonach der Friedensvertrag an den Senatsausschuß für
auswärtige Angelegenheiten zurückverwiesen wird mit dem
Ersuchen, darüber mit den während der letzten Session
angenommenen Vorbehalten Bericht zu erstatten. Der
Ausschuß hält heute eine Sitzung ab. Es wird erwartet,
daß er sofort Bericht erstatten wird.

Eisenbahnerstreik in den Vereinigten Staaten.

Detroit, 11. Febr. (Reuter.) Der Verband der Ei-
senbahner und Begearbeiter mit einer Mitgliedschaft von
300 000 Mann stimmte für den Streik am 17. Februar.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 12. Februar 1920.

* Vortag. Gestern hielt der Landw. Bezirksverein
im „Grün en Baum“ hier eine Hauptversammlung ab, die
infolge der etwas unangünstigen Zeit, vorm. 10 Uhr, nicht
gerade stark besucht war. Vorstand Kleiner, Gehobener
begriß die Erschienenen und erteilte Finanzsekretär Wid-
mayer hier das Wort zu dem angekündigten Vortrage
über die kommenden Steuern. Zunächst gab der
Redner einen Rückblick auf die früheren Kriegsteuern, näm-
lich vom Vermögenszuwachs 1914—16 und vom Mehrer-
kommen des Jahres 1918. Sodann leitete er über zu den
jetzt unmittelbar bevorstehenden Abgaben vom Mehrer-
kommen für 1919 und vom Vermögenszuwachs für 1. 1. 1914
bis 30. 6. 1919. Unter die Mehrerkommensteuer fallen
alle Personen, die auf 1. April 1919 ein Einkommen von
14 000 M. und mehr hatten; unter die Abgabe vom Ver-
mögenszuwachs (Kriegsartwin) alle Personen, die am 30.
Juni 1919 ein Reinerwerb von mehr als 10 000 M. u.
seit 1. 1. 14 eine Vermögenszunahme von 6000 M. und
mehr hatten. Auf die letztere Abgabe wird die für 1914
bis 1916 bereits erhobene Kriegsteuer in Anrechnung ge-
bracht. Nach Erläuterung der Begriffe Vermögens, gemeiner
Wert (Bekehrwert), Gestehungskosten und Ertragswert
be sprach der Redner die einzelnen Bestimmungen des neuen
Gehz. Als Erfassungsbegriffe gilt im Allgemeinen das
fr. St für den Wehrbeitrag festgesetzte Vermögen. Das
Gesamvermögen wird nach den Vorschriften des Wehr-
gesetzes vonlagert. Die aus dem Zuwachs zu berechnende
Abgabe beträgt aus den ersten 10 000 M. 10 Prozent, aus
den folgenden 10 000 M. 15 Prozent usw. Soweit der
Zuwachs 380 000 M. übersteigt, ist er in vollem Betrag
abgabefähig. Auch vom nächsten Ertragswert sollen nicht
aus ihrer unerschöpflichen Gefangenschaft zu entkommen suchen.
Zwei Türen hatte das Zimmer — sie waren beide fest ver-
schlossen, und es war natürlich nicht daran zu denken, daß
sie sie etwa aufbrechen könnte. So blieben nur die Fenster
für eine Flucht. Aber ein zorniger Aufschrei entfuhr ihr, da sie
an eines derselben trat.
Man hatte offenbar das Zimmer doch schon vorher für
die Aufnahme eines Gefangenen vorbereitet. Denn die Kegel
der Fenster waren entfernt, und Marion sah sofort, daß es
unmöglich war, sie zu öffnen.
Damit war ihr jeder Weg zur Flucht abgeschnitten.
Von neuem warf sie sich, von Schlägen geschüttelt, in
einen Sessel — und mehr als einmal suchte ihre kleine Hand
nach dem Messer, das sie in ihrer Tasche verwahrt. Aber sie
zog es nicht hervor. Stunde um Stunde sah sie da, starr
vor sich hinsehend — sah noch regungslos an der gleichen Stelle,
als sich die Dämmerung auf hohen Hügel herabsenkte —
sah noch da, als es drängen und drinnen dunkel geworden
war — dunkel wie in ihrem Herzen. — — — — —
Erst gegen Abend kam Weidner mit dem Wagen zurück.
Er ging sofort in das Arbeitszimmer hinauf, wo sich, wie
ihm der Diener sagte, de Guérin während der ganzen Zeit
seiner Abwesenheit aufgehalten hatte.
Der Baron, der um zwei Jahrzehnte gealtert schien, kam
ihm entgegen.
„Run?“ fragte er hastig. „Haben Sie sie gut unter-
gebracht?“
„So gut, als es die Umstände erlaubten,“ entgegnete
Weidner ruhig. „Die kleine Buchhardt war nicht wenig er-
staunt, eine Gefährtin zu bekommen. Ich habe ihr Weiber-
kleider mitgebracht, die sie anziehen wird. Ich glaube, besser
als bei ihr kleine Freundin von Legow gar nicht anzu-
haben sein.“
„Und ist sie noch nicht aus ihrem Schlafe erwacht?“
„Rein! — Aber sie wird es noch in dieser Nacht. Denn
länger hält die Wirkung des Mittels keinesfalls an.“
„Und es hat sicherlich keine schädlichen Nachwirkungen?“
„Rein! — Die junge Dame wird sich naturgemäß morgen
ein bißchen matt fühlen, vielleicht auch Kopfschmerzen haben,
das ist aber auch alles. Sie können unbesorgt sein.“
De Guérin erzählte ihm nun, daß Marion herüberge-
kommen sei, und wie er sie durch den Diener in den Salon
habe einlaßeln lassen. Weidner nickte beifällig.
Fortsetzung folgt.

mehr als 172000 M. verbleiben. Bei einem Zuwachs von 1 Million beträgt die Abgabe 828000 M. Zahlbar ist die Steuer zur Hälfte binnen 3 Monaten, zu 1 Viertel binnen 6 Monaten und zu 1 Viertel binnen 9 Monaten. Zur Vermeidung von Härten kann die Steuer auf längstens 20 Jahre gestundet werden. Kriegsanleihen, Schatzanweisungen und Schuldschuldensforderungen des Reichs können an Zahlungsstatt gegeben werden. Nach Erklärung der gesetzlichen Bestimmungen wurde das ausgearbeitete Steuerreformgesetzformular besprochen. Insbesondere wurden die am 1. d. d. v. m. zu zahlenden Abzüge (z. B. für im Erdgang, durch Auszahlung von Versicherungssummen und durch Schenkungen und Vermögensübergaben erworbenen Vermögen), sowie die Zurechnungen (z. B. an Kinder gemachte Schenkungen und sonstige unentgeltliche Zuwendungen, sowie Ausgaben für besondere Anschaffungen u. a. an ungewöhnlicher Art) erläutert. Zum Schluss kam der Redner auf das Gesetz betr. Steuernachfrist zu sprechen. Danach kann ein Steuerpflichtiger, der früher Einkommen oder Vermögen versteuert hat, seine Angaben binnen einer demnach zu bestimmenden Frist straflos berichtigen. Er hat den 10fachen Betrag des fr. St. zu wenig bezahlten Beitrags nachzahlen. Wird sodann anlässlich der Veranlagung zur Einkommensteuer oder zum Nachsteuer Vermögen vorläufig verschwiegen, so unterliegt es der Einziehung. — Die Ausführungen des Redners gaben den anwesenden Zuhörern ein klares u. übersichtliches Bild der neuen Steuern. Nach kurzer Diskussion dankte Vorstand Kleiner dem Redner für seinen aufklärenden und leichtfasslichen Vortrag und die Anwesenden erhoben sich zum Zeichen des Dankes von ihren Sitzen. — Der vorgesehene zweite Vortrag von H. Dittersbach aus Stuttgart mußte leider ausfallen, da der Redner nicht eingetroffen war.

Domstolzverkauf. Auf die vorgestrige Notiz Stolzholzkauflauf wird uns aus Fachkreisen geschrieben: Der in Ihrem gestrigen Blatt sowie in den übrigen Lokalzeitungen der Umgegend geschilderte Einzelfall über den Einkauf von Stolzholz bezw. die gemachten Gewichtsaufgaben im Verhältnis zur Raummetergabe entspricht abgesehen von den gewachten Erfahrungen. Es ist keineswegs richtig, daß ein Raummeter lufttrockenes Stolzholz 10 Ztr wiegt und mit dem angegebenen Beispiel der Stolz erbracht. Das auf 300 Ztr. nur 30 Rm. Stolzholz kommen, es sei denn, daß das Holz im Wasser oder Saft gelegen hat. Der Schreiber dies hat bei etwa 35 Wagen feststellen lassen, daß der Raummeter nicht mehr wie 7,20 Ztr. wie, und an 300 Ztr. bequem ca. 43 Rm. geladen werden können. Die Landesbrennstoffstelle selbst gibt in ihrem Erlaß vom 6. 12. 19 (Staatsanz. 285) das Gewicht für einen Rm. Stolzholz (Weichholz) mit 6—7 Ztr. an. Es wäre daher zu empfehlen, sich vor dem Schreiben derartiger Artikel, die geeignet sind, nur Mißtrauen zu erregen, besser zu informieren.

Kalkulationsvortrag. Am kommenden Samstag vormittags 9 Uhr findet in RagoId im Gasthof zur Traube ein Kalkulationsvortrag für das Kohlbaugewerbe statt. Der Referent, Herr Zimmermeister Arzef Ostman Tübingen, ein seit längerer Zeit in der Bewegung und Aufklärung der Bauhandwerksmeister und in den so brennenden Fragen im Baugewerbe mit Erfolg tätiger Handwerksmeister, ein bekannter Fachschriftsteller und Vorstand des Zentralverbandes württ. Bauhandwerksmeister, hält 3 Zt. im Auftrag der Zentralstelle für Gewerbe und Handel in Rottweil einen Fachkurs für Zimmerleute ab. Durch seinen Aufenthalt in unserer Nähe ist es ihm möglich, auch bei uns einen so äußerst wichtigen Punkt — die Preisbildung im Baugewerbe — zu behandeln. Arzef selbst ist als Vertreter seines Verbandes sowie als Fachmann bei allen wichtigen gerade das Bauhandwerk betr. Fragen zu Sitzungen des Arbeitsministeriums und anderer staatl. Behörden zugezogen worden. Wir wollen daher nicht veräumen, auch an dieser Stelle auf den Vortrag noch ganz besonders aufmerksam zu machen, zumal, da auch zu denselben Nichtfachleute, insbesondere Bauanstige selbst usw. zugelassen werden.

Keine Höchstpreise mehr. Laut „Barr. Kurier“ steht es fest, daß für die bewirtschafteten Lebensmittel im kommenden Wirtschaftsjahr keine Höchstpreise festgesetzt werden, sondern daß man zu dem System der Mindestpreise übergehen wird.

Gegen das Tanzen und Jubilieren. Um die unzeitgemäße Tanzlust nach Möglichkeit einzudämmen, sind die Oberämter mit der Weisung versehen worden, Verlängerungen der Polizeistunde nur in ganz besondern gearteten Ausnahmefällen zu genehmigen und im übrigen die Einhaltung der Polizeistunde streng überwachen zu lassen.

Widdberg, 11. Febr. Der helle Sonnenschein veranlaßte die Nachbarn des Schreiners Böhler, nach dem erstrunkenen Fische zu suchen. Da auch das Wasser hell war, war das Suchen nicht vergebens. Hinter dem Haus ist es Großvaters wurde das Kind aus dem Wasser gezogen, vom Schlamm überzogen, doch nicht erstirbt.

Calw, 11. Febr. (Ein Schwindler.) Ein gewisser Kdo aus dem Oberamt Rörtlingen wachte sich bei einer Wlwe in Mißgunst durch sein frommes Wesen Vertrauen zu verschaffen, mißbrauchte es aber schände, indem er die Geldkasse erbrach und mit einem großen Betrag flüchtig glog.

Herrenberg, 11. Febr. (Ein Opfer seiner Pflichten.) Der Polizeidiener von Giltstein hielt nachts singende junge Brute an und wurde von diesen tödlich angegriffen. In der Notwehr gab er Schreckschüsse ab, wobei einer der Robaxbrüder leicht verletzt wurde. Er liegt im Bezirkskrankenhaus Herrenberg. Ein anderer der Schandwacker griff gleichfalls zur Schußwaffe und feuerte aus nächster Nähe mehrere Schüsse gegen den Polizeidiener ab, der im Rücken und im Oberschenkel sehr schwer verletzt

wurde, daß er nach Tübingen zur Operation gebracht werden mußte. An seinem Auskommen wird gezweifelt.

Giltstein O. A. Herrenberg, 11. Febr. (Eine nützliche Idee.) Die schöne Pappelallee entlang dem Kammkanal fing an zu häckeln. Ungern wachte sich deshalb der Gemeinderat entschließen, die Pappelallee zu säfeln. Beim Verkauf des Stammholzes von 7431 F-Stücker wurden 74910 Mk. erzielt, so daß die Gemeinde nicht nur schuldenfrei geworden ist, sondern noch eine Rücklage zur Erstellung einer Wasserleitung und einer zweiten Feldbereinigung von 35000 Mk. machen konnte.

Donberg, 11. Febr. (Zublämmpferdemarkt.) Auch der letzte Tag, der wirtliche Jubiläumspferdemarkt, brachte vollen Erfolg. Der Auftrieb kann auf etwa 1200 Pferde geschätzt werden. Die Nachfrage war stark. Die Preise stellten sich durchschnittlich wie folgt: 1jährige Fohlen 6000 M., ältere Fohlen bis 14000 M., leichtere Pferde 15000 M., mittlere Pferde 20000 M., schwere Pferde bis zu 25000 M.

Heilbronn, 11. Febr. (Bankbeamtenstreik.) In einer heute Abend abgehaltenen Versammlung haben die hiesigen Bankangestellten mit 104 gegen 22 Stimmen beschließen, in den Kassen zu treten, ebenso wie die Bankangestellten in Stuttgart, Ulm und anderen Städten.

Stuttgart, 11. Febr. (Lohnbewegung.) Die aus Bankstellen mitzuteil wird, würden die neuen Forderungen der Bankangestellten für die hiesige Vereinsbank einen Mehraufwand von 4 1/2 Millionen, für Stahl und Federer einen solchen von 2 1/2 Millionen Mark bedeuten. Da eine Einigung noch nicht zustande gekommen ist, haben die Angestellten den Schlichtungsausschuß zur Vermittlung angerufen. Der Streik dauert noch an. Die Eingänge zu den Banken sind von Streikposten besetzt, die Arbeitswillige, deren es viele gibt, von der Arbeit abhalten.

Die Versicherungsangestellten Stuttgarts erklärten, daß sie auf der Auszahlung der Teuerungszulage von 1200 Mark, die bei den letzten Tarifverhandlungen fallen gelassen wurde, beharren. Der abgeschlossene Tarif werde nur als Abschlagszahlung angenommen.

Die Angestellten der Stuttgarter Anwaltsbureaus verlangen einen Aufschlag von 50 Prozent zu den im November 1919 vereinbarten Tariffätzen.

Die gestrige Versammlung der Straßenbahner lehnte den Schiedsspruch ab und sprach sich mit großer Mehrheit für den Streik aus.

Das Personal des Stuttgarter Schauspielhauses ist in den Ausstand getreten, da die Theaterleitung die gestellten Gehaltsforderungen abgelehnt hat. Das Theater bleibt vorläufig geschlossen.

In der Arbeiterhalle fand gestern eine stark besuchte Versammlung des Bauarbeiterverbandes, Mitgliedschaft Stuttgart, statt. Es wurde beschlossen, zunächst vom Streik abzusehen und die Entscheidung des Tarifausschusses, die am 23. Februar in Berlin fallen wird, abzuwarten. Es wurde verlangt, daß den ledigen Gehilfen die gleiche Teuerungszulage gewährt werde, wie den verheirateten.

Stuttgart, 11. Febr. (Unterbrechung der Landeswasserlieferung.) Die Betriebsleitung der Landeswasserlieferung teilt mit, daß infolge ungenügender Erleieferung der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke mit Kosten der Betrieb der Landeswasserlieferung zum größten Teil eingestellt werden mußte.

Stuttgart, 11. Febr. (Lohnforderungen der Gipsler.) Wie der Landesverband der Gips- und Stukkaturmeister Württembergs bekannt gibt, verlangen die Arbeitnehmer im Gipsergewerbe rückwirkend ab 11. Dezember v. J. nicht nur weitere 60 Pfg. für die Stunde, also 3.20 Mk. Stundenlohn, sondern vom 1. Januar ab auf den Arbeitslohn eine 100prozentige Erhöhung, das bedeutet für die Stunde 6.40 Mk., für den Arbeitstag 51.20 Mk. Lohn. Das hiesige Gipsergewerbe sei jetzt schon fast vollständig ohne Aufträge und die Forderungen der Arbeitnehmer würden es vollends zum Einstiegen bringen.

Sindringen a. Kocher, 11. Febr. (Industrielle.) Hier soll eine landwirtschaftliche Maschinen- und Reparaturwerkstätte erbaut werden; das Areal hierzu wurde dieser Tage von Herren aus der Stuttgarter Gegend erworben.

Tübingen, 11. Febr. (Schwurgericht.) Wegen Ermordung des Landjägers Jäger in Bodelshausen, O. A. Rottenburg, wurde Adolf Kiefer von dort zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Tübingen, 11. Febr. (Bankbeamtenstreik.) Auch die Beamten der hiesigen Banken sind in den Streik getreten; sie erklärten sich solidarisch mit ihren Stuttgarter Kollegen.

Ulm a. D., 11. Febr. (Garnisonszuwachs.) Von Karlsruhe und Freiburg sind gestern der Stadt sowie die 8. und 10. Batterie der 4. (badijschen) Abteilung Reichswehrartillerieregiments 13 mit 15 Offizieren, 360 Mann, 300 Pferden und 100 Fahrzeugen zu dauerndem Aufenthalt hierher gekommen. Heute kommen 2 Offiziere, 100 Mann, 125 Pferde und 50 Fahrzeuge der badijschen Feldkolonne 52 nach Tübingen, um in der Schloßkaserne Unterkunft zu beziehen.

Vörrach, 11. Febr. Als jüngst eine Firma von Randeuz und ein Landwirt von Schallbach aus Norddeutschland einen Eisenbahnwagen Heu und Stroh erhielten, bemerkte man mit Erstaunen, daß der Wagen anstatt Stroh unausgedroschene Roggenähren enthielt. Das wirft ein schlimmes Schlaglicht auf die Verhältnisse in Norddeutschland, wenn dort ungedroschenes Getreide als Stroh verkauft wird.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband.

Zum ersten Mal findet in Stuttgart nach norddeutschen Vorbild eine landwirtschaftliche Woche statt. Sie soll unter heutigen Verhältnissen einen ähnlichen Zweck erfüllen, wie ihn einst König Wilhelm I. bei der Stiftung des landwirtschaftlichen Hauptfestes in Gannstatt im Auge hatte: nämlich einmal im Jahr die Landwirte aus dem ganzen Land in der Landeshauptstadt zusammenzubringen und ihnen Gelegenheit geben zu einem Wettbewerb und gegenseitiger Anregung. Der Wettbewerb selbst war vorläufig noch; aber es ist geplant, später auch Ausstellungen mit der landwirtschaftlichen Woche zu verbinden. Heute beschränkt man sich auf die Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur gegenseitigen Anregung.

Am 10. Februar hielt der Landwirtschaftliche Hauptverband seine erste Mitgliederversammlung und daran anschließend den ersten Tag der landwirtschaftlichen Woche ab. Abg. Schultheiß M a u n z - Altheim (v. Riedlingen) eröffnete die Tagung mit Begrüßung der aus allen Teilen des Landes herbeigekommenen Landwirte. Der Verband bilde jetzt die Spitze der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, die bisher in der Zentralstelle für Landwirtschaft verkörpert war. Der Zentralstelle sei herzlich Dank gesagt für ihr rastloses und jahrzehntelanges Wirken auf wirtschaftlichen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Gebiet. Auch den württembergischen Regenten, die ein so warmes Herz für die Landwirtschaft hatten, sei Dank gesagt. Der Landwirtschaftliche Hauptverband bilde eine politisch neutrale Vereinigung aller landwirtschaftlichen Bezirksvereine. Die Landwirtschaftskammer ist dazu berufen, die Regierung in allen wichtigen Fragen zu beraten. Das württ. Wochenblatt für Landwirtschaft, das bisher so große Dienste geleistet hat, müsse umgestaltet und die Schaffung einer eigenen freien Presse eingeleitet werden. Ein Bild auf die Tätigkeit des landwirtschaftlichen Hauptverbandes zeigt ein stetes Fortschreiten und erfreuliches Wachsen. Von den 64 landwirtschaftlichen Bezirksvereinen haben sich 61 zum Hauptverband vereinigt, die Mitgliederzahl hat sich von 94000 auf 126000 vermehrt. An der Spitze sämtlicher Bezirksvereine steht Reutlingen mit 3750 Mitgliedern, dann kommen die Vereine von Gannstatt, Göttingen, Leonberg, Mönchingen, Ulm, Dehringen, Hall. An Gründungsbeiträgen sind dem Verband rund 100000 Mark zugegangen, vom Staat und aus der Industrie hat er keine Zuschüsse erhalten. Ein besonders erfreulicher Erfolg des Verbandes war das Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahl. Die trostlose Lage unseres Volkes und Vaterlandes zwingt die Landwirte, ihre Kraft einzusetzen, um am Wiederbau mitzuwirken und bessere Lebensbedingungen herbeizuführen.

Darauffin hielt Prof. Dr. Wacker-Hohenheim einen Vortrag über neuzeitlichen Pflanzenbau. Bei dem Mangel an Nahrungsmitteln und der Vorklage unseres Volkes müsse die heimische Erzeugung unter allen Umständen gesteigert werden. Wie dies in die Wege geleitet werden kann, führte der Redner an eingehenden Erläuterungen vor, die auf Erfahrungen beruhen. Das Verjuchsfeld der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim hat die letzten Jahre den Beweis dafür erbracht, daß eine Steigerung der Produktion möglich ist. Dies geschieht durch gründliche Bodenbearbeitung, durch Verwendung einwandfreien Saatguts, durch pünktliche Ausführung der Saat, durch Pflege der Pflanzen und durch eine reiche, wohlüberlegte Düngung. In Hohenheim ist es teilweise gelungen, durch rationelles nutzungsgültiges Arbeiten ein Vielfaches der natürlichen Durchschnittserträge zu erzielen. Das deutsche Volk und die Regierung verlangen von der Landwirtschaft die größte Leistung. Die Landwirtschaft muß fordern, daß ihr die Produktionsmittel, vor allem der Kunstdünger in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden. — An den Vortrag schloß sich eine Aussprache an, in der die praktischen Landwirte sich eingehend über die Steigerung der Produktion und die Beschaffung von Kunstdünger äußerten. Am Mittwoch und Donnerstag folgen weitere Vorträge über landwirtschaftliche Fragen.

Bermischtes.

Das neueste Geld. Das bayerische Postamt Neustadt (am Aisch) bedient sich infolge des Mangels an Kleingeld der Schuhnägel zur Auszahlung von Pfennigbeträgen. Statt eines Pfennigs bekommt man einen Schuhnägel. — In Stuttgart hat man sich bei den Kleinhändlern durch einfache Papierzettel, die den Stempel des Geschäfts tragen, geholfen. Im Konsumverein gibt man statt des Pfennigs einen Bouillonwürfel.

Die Bezüge der Ueberwachungs-Kommissionen. Die Mitglieder der feindlichen Kommissionen in Deutschland erheben monatlich folgende Bezüge: Ein Soldat 3000 Mark, ein Leutnant 12000 Mark, ein Hauptmann 15000 Mark, der Major 20000 Mark. Die französische Militärmission in Berlin zählt allein 1100 Köpfe.

Einstellung der Kinderzüge. Das Verkehrsamt in München teilt mit, daß die im Februar angesagten Kinderzüge Wien—Holland und Wien—Süddeutschland in Passau und Salzburg wegen schwererer Betriebslage nicht übernommen werden können und daher bis auf weiteres unterbleiben müssen.

Der Ausverkauf. Die Lederfabrik Adler und Oppenheimer und die Maschinenfabrik Wolf, Reiter und Jacobi in Straßburg sind in den Besitz französischer Geldgesellschaften übergegangen.

Der kostbare Eisstein. Auf der Eibinsel Finkenwärdener bei Hamburg werden augenblicklich zur Herstellung der neuen Hafenanlagen durch Saugbagger Terrainaushöhlungen vorgenommen. Bei diesem Ausbaggern wurde ziemlich viel Eisen aus dem Strömbett herausgewählt und außerdem wurden von Finkenwärdenerischen Kindern erhebliche Mengen von Goldmünzen gefunden. Inzwischen hat man neben den Gold- noch viel größere Mengen von Silbermünzen ans Tageslicht gefördert, die größtenteils aus den Freiheitskriegen stammen und von Hamburger Händlern bereits mit 600 Mark für das Stück bezahlt werden. Woher das Geld kommt, ließ sich bisher noch nicht feststellen.

Wunderbare Rettung. Ein eigenartiges Ereignis hatte bei dem jüngsten Hochwasser ein Säugling aus Beverungen (Westfalen), der mit seiner Holzviege von den Fluten der Weser ergriffen wurde und abtrieb. Erst beim Dorfe Blantenau gelang es dem Fährmann, die Viege an Land zu bringen. Das Kind, dem die abenteuerliche Wasserreise nicht im geringsten geschadet hat, ist seinen Eltern wieder zugestellt worden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weinanschaffungs-Preise.

Die Biere und Händler werden nochmals ausdrücklich auf die Verfügung des Ernährungsministeriums vom 30. Jan. d. J. (Staatsanzeiger Nr. 25) hingewiesen. Für Weine früherer Jahrgänge, außer-würt. Wein u. Verschnittweine muß, falls schon bisher ein höherer Preis als 2 Mk. 40 Pfg. für 1/2 Liter berechnet wurde, die Genehmigung dieses Preises bis spätestens 15. d. Mts. bei der Weinhandelsstelle (Oberamt) beantragt werden. Dem Genehmigungsantrag ist eine vollständige Uebersicht über die Weinvorräte mit Angabe der Menge, Herkunft und des Jahrgangs der einzelnen Sorten und die Belege für Alter, Herkunft und Einkaufspreis der Sorten, für welche die Bewilligung eines höheren Preises nachgesucht wird, beizufügen.

Magold, den 11. Februar 1920. Oberamt: Müns.

Auf kommenden Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 2 Uhr, werden sämtliche

Fuhrwerksbesitzer

der Umgebung zu einer Versammlung zwecks Zusammenschluß und Festlegung der Fuhrerlöhne, nach Simmersfeld in das Gasthaus zum „Löwen“ eingeladen.

Das Ständesinteresse erfordert vollständiges Erscheinen.

Die Einberufer.

Lorenz Luz jr. Altensteig

hält bei mäßigen Preisen stets am Lager:

verzft. Drahtgeflechte

mit 4 kant. und 6 kant. Maschen in verschied. Höhen, Maschenweiten und Drahtstärken,

Stachel-Draht

Spann- und Biade-Draht

Hackenstifte und Stahlkrampen

Baumschützer usw.

Zu möglichst baldigem Eintritt

suchen

wir 2 tüchtige, erfahrene

Langholzfuhrleute

in dauernde Stellung.

**Krauth & Co., Sägewerk,
Höfen, an der Enz.**

Wand-Kalender 1920

mit Marktverzeichnis und Portotarif auf gutes, schreibfähiges Papier gedruckt, sind noch zu haben in der

W. Rieker'schen Buchh., Altensteig.

Die Eibinsel. Wie der „Kieshafter Anzeiger“ berichtet, lagen in einem Hotel in Rosenheim (Oberbayern) zwei Schieber aus dem Holzhandel und kehen es sich wohl sein. Sie verzögerten sich damit, Papierscheine am Herdfeuer zu verbrennen. Die Günst eines Dienstmädchens suchten sie mit 5000 Mark zu erkaufen. Sie verdien, wie sie sagten, so viel, daß sie nicht wissen, wofür mit dem Geld.

Legte Nachrichten.

WTB. Amsterdam, 12. Febr. „Daily News“ meldet aus Paris über die Ereignisse vor der Absendung der Auslieferungsliste nach Berlin, daß im Rate der Boten ein jäher Kampf mit Bezug auf die Liste stattgefunden habe, der mit der Niederlage der britischen Vertreter endigte. Millerand überzeugte den Rat der Boten, daß die Liste unverändert nach Berlin gesandt werden müßte. Er sagte, wenn man in dieser Frage nachgibt, würden die Deutschen verlangen, daß der Vertrag auch in anderen Punkten abg. ändert werde. Wenn der britische Standpunkt

eingenommen werde, bedeute dies, daß seine (Millerands) Erklärung in der Kammer, daß der Friedensvertrag, wie er unterzeichnet und ratifiziert ist, durchgeführt werden muß, desavouiert werde.

WTB. Paris, 12. Febr. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington, hat sich das Staatsdepartement gewigert, die Unabhängigkeit von Vietnam anzuerkennen.

WTB. Paris, 11. Febr. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Meyer wird Donnerstag Morgen mit dem Kölner Expresszug nach Paris zurückhren.

WTB. Paris, 11. Febr. (Havas.) Millerand und einige seiner Mitarbeiter, darunter Finanzminister Ruffat, Staatssekretär im Ernährungsministerium Lhompre, Marshall Foch und dessen Stabschef General Weygand, haben heute Morgen 10.50 Uhr Paris im Sonderzug verlassen, um sich nach London zu begeben, wo die auf den Frieden bezüglichen Fragen behandelt werden sollen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Sant.

Verlag und Verlag der W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Am Sonntag, den 15. Febr. hält der

Lieder-Oranz

im Lokal (Stern) einen

Samilien-Abend

ab, wozu sämtliche Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen werden.

— Beginn: 7 Uhr. —

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Ausschuß.

Altensteig.

Weiß und einfarbige Baumwollflanelle

sowie

Schirting

sind wieder eingetroffen bei
Reinhold Hoyer.

Brennstoff

für Feuerzeuge

Stearin-Kerzen Waschblau

wieder käuflich, empfiehlt

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

Telefon 41.

Altensteig.

Lehrlings-Gesuch.

Orbentlicher Junge, der Lust hat das Malergeschäft zu erlernen, findet sofort oder aufs Frühjahr Lehrstelle mit Anfangslohn.

Chr. Huß

Maler- u. Gipsergeschäft.

Ein jüngerer, an selbständiges Arbeiten gewöhnter

Säger

sucht sofort Stelle. Auskunft erteilt, oder Anfragen vermittelt die Geschäftsstelle.

Suche auf 1. März eine tüchtige

Perjon

für kleinen Haushalt mit etwas Landwirtschaft. Wer? sagt die Exped. ds. Bl.

Altensteig.

Echte Hoffmann's

und

Remys Reisstärke

ist wieder eingetroffen bei
C. W. Luz Nachfolger

Friz Bühler jr.

Suche für sofort oder 1. März ein anständiges, fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Fran J. Schlanderer

Calw, Bischofstraße.

Ia. holländisches Leinöl

und Leinöl-Firnis

familie freichfertige

Delfarben u. Lacke

für Innen- u. Außen-Anstriche

Ia. Fußbodenlacke u. Farben in Kilo- u. Dosen

Ia. Bodenwachs weiß und gelb

Ia. Bodenöl

Ia. Möbellack, Mattierungen u. Polituren

empfehlen in Friedensqualität jedes Quantum und äußerst preiswert

R. Ungerer, Magold.

Im Blut

liegt unsere Gesundheit! Drum nehmen Sie Ihre Verkopfung nicht leicht! Sie ist Schuld an Duh-Krankh. mit gefährl. Ausgang. Zur Beseitigung emp. echt Sanktas-Blutreinigungsmittel, der wirkt Wunder u. darf bei Feut. Ernähr. in kein. Haus fehl. 3 B. 5 M. Sanktasverlag Heidelberg 116

Altensteig.

1 Schleifstein einige **Wheimeier** grob: Glas- u. Blechflaschen 20—30 Ltr. haltend **Hand- u. Waldsägen** sowie einen 10 Wochen alten

Pudel-Hund

schwarz, hat zu verkaufen

Chr. Seeger, Fetthandlung b. Schatten.

Altensteig.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung erlauben wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Samstag, den 14. Februar 1920

im Gasthaus zum Laum in Aigenbach

freundlichst einzuladen.

Adam Schleich

Sohn des
† Adam Schleich
in Aigenbach.

Marie Koller

Tochter des
Jakob Koller
in Weistern.

Kirchgang um 11 Uhr in Neuweiler.

Zweierenberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 14. Februar 1920

im Gasthaus zum Ochsen hier

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Adam Schauble

Sohn des † J. Gg. Schauble
Schneidermstr. hier.

Barbara Sahnacht

Tochter des Gg. Sahnacht
Bäckers hier.

Kirchgang um 11 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung!

Enztal.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 14. Februar 1920

im Gasthaus zum Löwen in Enztal

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Martin Bayer

Sohn des
† Martin Bayer, Tagelöhners in Enztal.

Maria Koller

Tochter des
† Georg Koller, Bäcker in Enztal.

Kirchgang um 11 Uhr in Enzlibühl.